

# Post aus Berlin

Rundbrief der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**

A large, bold, white 'AfD' logo is positioned in the bottom right corner. A red curved arrow, identical to the one in the smaller logo, is positioned below the letters 'f' and 'D', pointing upwards and to the right.

## Ampel darf mit Zehn-Milliarden-Lücke beim Bürgergeld nicht durchkommen

**Laut BILD deuten geleakte Informationen auf einen Fehlbetrag bei der Berechnung der Bürgergeldkosten inklusive Miet- und Heizzuschüssen von fast zehn Milliarden Euro hin. Auch bei der Grundsicherung im Alter zeichnet sich wegen bereits heute stark steigenden Rentenansprüchen von Migranten eine zu tiefe Kalkulation ab.** Nichts an dieser Meldung kann überraschen. Der Skandal besteht aber darin, dass Minister Heil diese Zehn-Milliarden-Lücke, von der er seit Monaten wissen musste, nicht vor der Erstellung des Regierungsentwurfs zum Haushalt offengelegt hat, was die ohnehin schon riesige und verfassungswidrige Finanzierungslücke um weitere zehn Milliarden aufwachsen lässt. Auch mit Blick auf die Ursachen ist Hubertus Heil an diesem Punkt seit Jahren vollkommen uneinsichtig: Es scheint für ihn irgendwie unvorstellbar, dass das speziell aus Sicht der Herkunftsländer der Immigranten gigantische und leistungslos gezahlte Bürgergeld samt Unterkunft und Handgeld für den ganzen Familiennachzug ein unwiderstehlicher Magnet für die uferlose Einwanderung in unser Sozialsystem ist. Wirkungen haben Ursachen: Die absurde Immigrationspolitik für alle Welt und die rechtlose Aufgabe unserer Grenzen ist die Ur-Ursache auch dieses Skandals gegen die fleißigen Steuerzahler. Diese Fehlplanung passt auch in die ohnehin laufende und von uns im Plenum be-

reits gerügte ‚systematische und vorsätzliche Unterplanung von Ausgaben‘ durch die Bundesregierung. Auch der Bundesfinanzminister und der Kanzler sind bei dieser Frage mit in der Haftung, denn diese „Fehlberechnung“ wäre über mathematischen Dreisatz und mit unideologischen Budgetüberlegungen seit Monaten sogar für Laien feststellbar gewesen. Erst recht muss dies den tausenden Beamten im Arbeitsministerium und den Jobcentern sowie im Bundesfinanzministerium aufgefallen sein. Solche angeblichen Fehler in fast elfstelliger Euro-Höhe sind keine Rechenfehler. Hier muss Vorsatz unterstellt werden, und zwar mit dem Ziel, wenigstens einen scheinbar ausgeglichenen Haushaltsentwurf noch vorlegen zu können. Die Ampel wollte offenbar diese vorsätzliche Unterveranschlagung bis zur Haushaltsverabschiedung im November verschleiern, um irgendwie einen Haushalt zu verabschieden, der den Eindruck erweckt, die Schuldenbremse sei eingehalten, um so die Ampel-Existenz bis 2025 zu sichern. Wie ich im Plenum schon sagte: Die Mittel in diesem Haushalt 2025 – keineswegs nur das Bürgergeld – sind nicht wie grundgesetzlich vorgeschrieben bis Ende 2025 kalkuliert, sondern nur bis zum Spätsommer 2025 – also bis genau zum Wahltermin. Mit dieser „Nach uns die Sintflut“-Einstellung darf die Ampel nicht durchkommen. Sie muss abtreten.

### Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 [pboehring](https://t.me/pboehring)

 [PeterBoehring](https://twitter.com/PeterBoehring)

 [peter.boehring@bundestag.de](mailto:peter.boehring@bundestag.de)

 [pboehring](https://www.instagram.com/pboehring)

 [www.pboehring.de](http://www.pboehring.de)

 [Peter.BoehringCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringCom)

 [pboehring\\_mdb](https://www.youtube.com/pboehring)

 [pboehring](https://www.youtube.com/pboehring)

## Regierung hat von Landwirtschaft und Tierschutz keine Ahnung

Über den geplanten Haushalt der Ampel für 2025 kann man nur den Kopf schütteln. Den diesbezüglich am 25. September beratenen Entwurf des Landwirtschaftsetats kann man nur als eine halbherzige Übergangsverwaltung bezeichnen. Nach dem Kahlschlag in den Jahren 2023 und 2024 – wir erinnern an die Kürzungen bei den GAK-Mitteln, beim sogenannten Agrar-Diesel, bei den Fischerei-Hilfen – müssen sich auch 2025 die Landwirte hintenanstellen: Unterm Strich weniger Mittel als 2024.

Als AfD-Fraktion haben wir mit unseren Anträgen gezeigt, dass man auch mit begrenzten Mitteln gut haushalten kann. Statt sinnlos Gelder für dubiose grün-ideologische Projekte zu verschwenden, setzen wir da an, wo es geboten ist – etwa bei der Linderung der gestiegenen Beiträge in der Unfallkasse oder in der Förderung im Bereich der Digitalisierung und KI. Darüber hinaus wollen wir mit unserem eigens angelegten 75-Millionen Euro schweren Zukunftsprogramm: ‚Jungerlandwirte stärken‘ Existenzgründer beziehungsweise Hofnachfolger in der Anlaufphase finanziell unterstützen.

Dass unsere Regierung von Ackerbau und Viehzucht keine Ahnung hat, ist ja keine Überraschung mehr. Aber auch beim Thema Tierschutz scheint die Re-

gierung null Ahnung zu haben! Denn auch hier halten wir es für absolut inakzeptabel, dass die Bundesregierung die Mittel halbieren will.

Und noch dazu plant die Bundesregierung eine Änderung des Tierschutzgesetzes. Der entsprechende Entwurf stand am Donnerstag, 26. September, auf der Tagesordnung des Bundestages.

Sehen sie hierzu meine Rede: [https://www.youtube.com/watch?v=r\\_q79S-RaZJ8](https://www.youtube.com/watch?v=r_q79S-RaZJ8)

Die AfD steht klar gegen diesen Gesetzesentwurf, denn hier geht es in Wirklichkeit gar nicht um eine Verbesserung des Tierschutzes, sondern um nicht mehr und nicht weniger als einen Generalangriff auf die private und berufliche Tierhaltung in Deutschland.

Die Abschaffung der privaten und beruflichen Tierhaltung in Deutschland ist eine dicke rote Linie und mit der AfD ganz sicher nicht zu machen. Als AfD stehen wir für echten Tierschutz.

## Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 /Protschka

 stephan.protschka@bundestag.de

 @stephan.protschka.mdb

 /protschka.stephan

 @AfDProtschka

 www.stephan-protschka.de

 @protschkasposition

## CCS – Wie die Bundesregierung unser Geld vergraben will

Bislang mag CCS nur Eingeweihten ein Begriff sein, aber das wird sich nach dem Willen der Bundesregierung bald ändern. Das englische ‚carbon capture storage‘ steht dafür, Kohlenstoffdioxid bei der Entstehung in industriellen Betrieben einzufangen und anschließend unterirdisch zu lagern. Man will also sehr große Mengen Gas sammeln und mit starkem Druck unter die Erde pressen. Derzeit liegt dazu ein Entwurf der Bundesregierung vor und ich durfte, am 27. September zur ersten Lesung die Rede dazu halten.

Zwei Bemerkungen. Erstens war Robert Habeck und die GRÜNEN in der Vergangenheit gegen diese Technologie, da sie weiterhin erlaubt ‚böse fossile‘ Energien zu benutzen, wenn man das CO2 abscheidet. In der Welt der Technologiestürmer ist dafür kein Platz. Alles, was CO2 ausstößt muss in den Augen der Ökotalinisten vernichtet werden. Zweitens, nachdem Robert Habeck sein Gesetz im Dt. Bundestag vorgestellt hatte, wurde artig von großen Teilen der Union geklatscht, diese befürworteten also dieses Gesetz und diese Technologie. Gut, wenn die Maske jetzt schon fällt.

Aus Sicht der AfD ist dieses Gesetz und die Technologie rundweg abzulehnen. Nicht nur, dass sie unerforschte Risiken (Erdbeben, Explosionen, Vergiftungen)

birgt, nein sie ist auch noch sehr teuer. In der Stellungnahme des Bundesrates wurden die Kosten auf zwischen 50 und 250 Euro pro Tonne verpressten CO2s geschätzt. Die derzeitigen Emissionskosten für CO2 liegen bei 45 €/t, nachdem die Ampel sie von 30 €/t heraufgesetzt hatte. Und dieser Sprung hat sich bei den Verbraucherpreisen auch schon stark bemerkbar gemacht. Geht man von einem konservativen Mittelwert von ca. 150 €/t für CCS aus, kann man sofort sehen, dass jedes Produkt, dass bei der Herstellung CO2 ausstößt (also jedes), drastisch im Preis ansteigen wird. Solche Produkte werden keinerlei Wettbewerbsfähigkeit mehr haben. Die Unternehmen werden schließen und die Arbeitsplätze gehen verloren. Der Standort Deutschland verelendet weiter unter der unsäglichen Ampelregierung.

Für die AfD gibt es bei diesem Gesetz nichts zu applaudieren. Auch Änderungsanträge sind Zeitverschwendung. Das ganze Gesetz darf nicht kommen, bzw. gehört zu den Ersten die komplett gestrichen werden müssen.

### Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr\_Rainer\_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

## Habecks sogenannte „Transformation“ ist unbezahlbar!

Habeck sogenannte Transformation – also die planwirtschaftliche Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in eine angeblich „klima-neutrale“ Richtung – ist unbezahlbar und ruiniert Deutschland. Das wurde in der Haushaltsdebatte im September wieder sehr klar. Besonders gefährlich ist, dass Habeck mit seiner Politik bestehende Strukturen wie Kraftwerke, Unternehmen und Häuser schon einmal zerstören will, bevor sein „Neues“ überhaupt funktioniert. So ist zum Beispiel die Verwendung von Wasserstoff als Energieträger praktisch nicht erprobt und wahrscheinlich sogar ziemlich gefährlich.

Die Energiepreise explodieren schon jetzt und hängen der Industrie, dem Mittelstand und auch den Bürgern wie ein Mühlstein um den Hals. Ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung in Deutschland ist laut einer neuen Studie bedroht – das sind fast zwei Millionen Arbeitsplätze!

Habecks angeblich moderner grüner Flatterstrom von Wind und Sonne ist heute schon ruinös. Wenn wir zu viel davon haben, bezahlt der Staat gleichzeitig die Produzenten und die Verklappung des Stroms ins Ausland. Der Nachtragshaushalt

2024 stockt den Ansatz dafür im sogenannten Klima- und Transformationsfonds auf fast 20 Milliarden Euro auf. Nächstes Jahr haben wir absehbar noch mehr Grünstrom. An einem neuen Platz versteckt bietet der Haushalt 2025 dafür aber nur noch gut 15 Milliarden. Auch das ist ein Beispiel für unseriöse Zahlen!

Die Wahrheit ist: Das im Weltmaßstab kleine Deutschland kann das Klima nicht retten. Wenn die Regierung dabei auch noch die deutsche Wirtschaft ruiniert, ist das weltweit höchstens ein Vorbild dafür, wie man es nicht macht.

Es geht auch anders: Die AfD wird die Transformation in die Planwirtschaft sofort beenden. Zehn Billionen Euro spart Deutschland bis 2045 mit dem Ende der Energiewende. Die Heizverbote schaffen wir ab und die Erdgasnetze werden weiter betrieben. Wie z.B. in Schweden senken wir die CO2-Abgaben auf Benzin und Diesel deutlich und entlasten auch den Flugverkehr steuerlich. Das senkt die Inflation gerade für die kleinen Leute und hilft der Wirtschaft. Das ist möglich – wenn man den politischen Willen dazu hat!

## Wolfgang Wiehle, MdB

### Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

 [/w.wiehle](https://www.facebook.com/w.wiehle)

 [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



## Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold\_otten

 /gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)

 /t.me/MdB\_Otten

## Ist die Bundeswehr erst in 100 Jahren wieder voll ausgestattet?

Nach einer aktuellen Veröffentlichung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) dauert es 100 Jahre, bis die Bundeswehr den Bestand an Waffen erreicht, den sie vor 20 Jahren hatte.

Ursachen des Ausrüstungsdefizits sind einerseits das Kaputtsparen der Truppe durch die CDU/CSU-Verteidigungsminister der Jahre 2005 bis 2021 sowie das zähe und durch kleine Bestellmengen unnötig teure Beschaffungswesen, das auch SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius trotz vollmundiger Ankündigungen nicht an die erforderliche Geschwindigkeit anpassen können. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wird die Bundeswehr zusätzlich durch die Abgabe großer Mengen an Munition und moderner Waffensysteme wie Leopard-2A6-Kampfpanzer und Schützenpanzer Marder, Flugabwehrsysteme Patriot und IRIS-T geschwächt. Die um ihre Einsatzbereitschaft besorgte Truppe bekam von ihrem obersten Dienstherrn Pistorius zu Beginn seiner Amtszeit das Versprechen, alles abgegebene Material werde schnellstens wiederbeschafft. Bekräftigt wurde diese Zusage durch seinen SPD-Parteifreund und Kanzler der Zeitenwende-Rhetorik, Olaf Scholz. Heute, etwas mehr als ein Jahr später, hat die Ampelregierung ihr Versprechen bereits gebrochen und die Wiederbeschaffung der Ukraine-Waffen aus finanziellen Gründen ge-

stoppt, weil offensichtlich kein Geld mehr im Haushalt ist (Griephan Briefe, Jahrgang 60, Ausgabe 36/24 vom 06. September 2024). Um die Bundeswehr so auszustatten, dass sie ihre Verpflichtung zur Landes- und Bündnisverteidigung nachkommen kann, bedarf es mehr als die Taschenspielertricks des Kanzlers. Ein „Sondervermögen“, also Sonderschulden parallel zum Haushalt auszurufen, die jetzt bereits finanziell gebunden sind und durch Preissteigerungen und zweckentfremdete weitere militärische Hilfen an die Ukraine zusätzlich aufgefressen werden, ist von einer sauber priorisierten und über eine Wahlperiode hinaus durchkalkulierten Planung des erforderlichen Verteidigungshaushalts weit entfernt. Schon jetzt klafft für das Jahr 2028 ein Defizit von 30 Milliarden Euro im Verteidigungsetat. Das ist erschreckend, weil die Bürger unseres Landes und auch die Bündnispartner innerhalb der NATO angesichts des angespannten Sicherheitsumfeldes in der Welt darauf vertrauen dürfen, dass die Bundeswehr ihren grundgesetzlich vorgesehenen Kernauftrag zur Verteidigung erfüllt.

Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass für unsere Streitkräfte der nötige finanzielle Rahmen geschaffen wird, um diese wichtige Aufgabe zu unserer aller Schutz zu erfüllen.

## AfD-Verbotsverfahren, die dröfzigste Aufführung

Einzelne Abgeordnete der Altparteien wollen einen Verbandsantrag im Bundestag einbringen (Art. 21 II GG, § 43 BVerfGG). Treibende Kräfte sind – wen überrascht es – ostdeutsche Abgeordnete. Die Rechnung ist leicht: Ist die AfD weg, gibt es keine lästige Opposition mehr und die etablierten Parteien können wieder schalten und walten, wie sie wollen, ohne sich rechtfertigen zu müssen. Die Antragsteller rühmen sich als Verteidiger der Demokratie. Dabei sind sie deren größte Feinde. Denn der Antrag zielt auf die Beseitigung der Opposition ab und damit auf die Beseitigung jeder parlamentarischen Kontrolle. Man darf gespannt sein, ob da nun auch gesprungen wird.

Was wird der AfD vorgeworfen? Neuste Posse: Im Thüringer Landtag hätte man „den Parlamentarismus offen bekämpft“. Das ist natürlich völliger Unsinn. Auch juristisch. Das Bundesverfassungsgericht selbst erklärt, es genüge nicht einmal, oberste Verfassungswerte abzulehnen (was wir nicht tun). Vielmehr muss aktiv kämpferisch (Gewalt, Bedrohung) vorgegangen werden. In Thüringen ging es im Kern um unterschiedliche Rechtsauffassungen zur Geschäftsordnung. Nicht mehr und nicht weniger. Die AfD-Fraktion im thüringischen Landtag wird weiter rechtlich (!) kämpfen, sich aber erstmal an das Urteil halten. Was bleibt, ist eine

wütende CDU, die sich selbst inszeniert hat und dazu die konstituierende Sitzung des Landtages auf beschämende Weise instrumentalisierte. Inklusiv merkwürdig dauer-offengehaltenen Mikrofonen für Hinz und Kunz.

Nach § 43 BVerfGG kann auch eine Art „kleines Verbot“ ausgesprochen werden, nämlich der Entzug sämtlicher staatlicher Gelder. Dies ist in Deutschland ein erheblicher Faktor für jede Partei. Sollte das oberste deutsche Gericht derart die Fakten zurechtbiegen? Nach dem Motto, das sei doch kein Verbot, damit weniger begründungsbedürftig? Sobald wir bundesweit 20%+ einfahren, wird sich dies hoffentlich niemand mehr trauen. Ein selbstgewählter Meister könnte das BVerfG dann jedoch auch zurückpfeifen: Der EuGH, der derart wichtige politische Oppositionen durchaus achtet. Zumal der Wind sich europaweit dreht. Sollte Wanderwitz seinem Namen erneut alle Ehre machen, wird uns das jedenfalls auch nicht aufhalten.

### Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

##### Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

##### Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiaspeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

## Die Waffenrechtsreform trifft die Falschen

Der neueste Gesetzentwurf der Ampelparteien ist nicht nur unverhältnismäßig, er stellt den unbescholtenen, rechtskonformen Bürger einem kriminellen Messermörder gleich. Bereits die letzte Waffenrechtsänderung von 2020 hat das Bürokratiemonster durch die Regelabfrage nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes und der Verpflichtung zum Nachbericht immens aufgebläht. Die Rechte von Millionen rechtstreuer und vorbildlicher, legal handelnder Waffenbesitzer werden erneut eingeschränkt, sie werden zum Sündenbock einer unkontrollierten Masseneinwanderungspolitik gemacht. Nicht Messerverbotzonen, ein Verbot von Messern über 6 cm Klingenlänge oder Messerverbote auf Märkten, Messen oder Brauchtumsveranstaltungen hätten die Attentate von Mannheim und Solingen verhindern können. Wir brauchen einzig eine kraftvolle Ermächtigung polizeilicher Kompetenzen! Nun sollen die zuständigen Behördenvertreter erkennen, wie ein potenzieller Attentäter auszusehen hat. Dabei dürfen Sie nicht nach Rasse, Abstammung, Herkunft oder Glauben auswählen. Sie würden dabei ausdrücklich gegen das gesetzliche Verbot des „Racial Profiling“ agieren. Aus Angst des Jobverlustes durch falsches Handeln werden unsere Polizisten aus Ei-

genfürsorge gar nicht erst kontrollieren.

Zur Überprüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit/Regelabfragen bei der Bundespolizei oder dem Zollkriminalamt wurde bei einer Öffentlichen Anhörung von Sachverständigen auf rund 6 Millionen geschätzten „unzuverlässigen“ Waffenbesitzern pro Jahr gesprochen. Das können die Waffenbehörden in den Kommunen schlichtweg nicht leisten, ebenso wenig wie die Anordnung des persönlichen Erscheinens für Alldiejenigen, die einen Antrag auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis stellen. Die verwaltungsrechtlichen Verfahren sollen schon eine Vorab-Sicherstellung von Waffen und Munition ermöglichen, bevor das Verfahren final geklärt wurde.

Die AfD – Bundestagsfraktion achtet die deutschen Sportschützen, Jäger, Waffensammler und Brauchtumsschützen. Sie bewahren unsere gesellschaftlichen Traditionen, betreiben aktiven Umweltschutz, sie schützen unser Vereinswesen.

Besitzer legaler Waffen müssen vor politischen Aktionismus bewahrt bleiben. Wir wollen keine übereilten Verschärfungen des Waffenrechts!

### Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

 [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

 [@peter\\_felser](https://www.instagram.com/peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [@peterfelser\\_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)





## Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 [gerrit.huy@bundestag.de](mailto:gerrit.huy@bundestag.de)

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 [www.gerrithuy.de](http://www.gerrithuy.de)

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

## Die Ampel-Regierung greift in die Kassen der Sozialversicherungen

Die Ampel-Regierung ist verzweifelt auf der Suche nach frischem Geld, um ihre Ideologie-Projekte in der ganzen Welt und den Migrations-Wahnsinn zu finanzieren. Die FDP simuliert hierbei Widerstand, wenn es um das Aufweichen der Schuldenbremse oder Steuererhöhungen geht. Tatsächlich wird aber beides gemacht, und zwar durch die Hintertür.

Obwohl sich Deutschland in einer Rezession befindet, sollen die Einnahmen steigen und die Ausgaben sinken. Lindner plant hier mit pauschalen Minderausgaben und Mehreinnahmen. Übersetzt heißt das: „Ich habe selbst keine Ahnung, wie das gehen soll, aber irgendwie wird es schon klappen.“

Noch dreister ist der Griff in die Kassen der Sozialversicherungen:

- In der Rentenversicherung klafft bereits eine Lücke von weit über 30 Mrd. Euro für versicherungsfremde Leistungen, die durch die Staatszuschüsse nicht gedeckt werden und die durchschnittliche Altersrente reduzieren. Statt diese Lücke zu schließen, hat die Ampel in mehreren Schritten insgesamt weitere 5 Mrd. € an Zuschüssen gekürzt. Das ist eine verdeckte Beitragserhöhung, die alle Arbeitnehmer trifft.
- In der Krankenversicherung zahlt der Staat für Bürgergeldempfänger

gerade mal 1.301,76 € (2022) pro Jahr. Die durchschnittlichen Ausgaben betragen im selben Jahr aber 3.724,42 € pro Jahr. Die Differenz von 2.422,66 € pro Bürgergeldempfänger zahlen alle Krankenversicherten mit ihren Beiträgen. Auch hier bereichert sich die Ampel-Regierung an den Arbeitnehmern.

- In der Pflegeversicherung hat sich kürzlich die DAK, eine der größten gesetzlichen Krankenkassen, zu Wort gemeldet und mit einem Rechtsgutachten belegt, dass während der Corona-Zeit insgesamt 5,9 Mrd. € an Beiträgen von der Regierung zweckentfremdet wurden und fordert diese zurück.
- Schließlich bleibt noch die Arbeitslosenversicherung: Hier zahlen die Versicherten die Weiterbildungskosten der Bürgergeldempfänger, also Ausgaben für eine gar nicht versicherte Personengruppe.

Auf die genannten Weise steigen sind die Lohnnebenkosten in Deutschland massiv angestiegen. Das kostet Arbeitsplätze, die ins Ausland oder in die Schwarzarbeit abwandern. Zeit diesen Diebstahl zu beenden, Zeit für die AfD!

## Erstmalig Gesetzesantrag von der AfD-Fraktion zum Petitionsverfahren

Nachdem ich in der ersten planmäßigen Fraktionssitzung im Bundestag nach der Sommerpause in den Petitionsausschuss gewählt wurde, folgte nun in der vergangenen Sitzungswoche meine Wahl als Stellv. Mitglied in den Ausschuss Digitales. Vor dem Hintergrund meiner technikbezogenen Berufslaufbahn sind Energiepolitik, Mobilität und Digitales meine Interessensgebiete, damit verbunden die fundamentale Kritik an den Dolchstößen der Ampel-Politik gegen tragende traditionelle Wirtschaftszweige Deutschlands, allen voran die Automobilindustrie. Zur Arbeitsweise des Petitionsausschusses werde ich an dieser Stelle in Zukunft immer wieder Details für Interessierte erläutern. Hier also Folge 1: Jeder hat nach Artikel 17 GG ein Informationsrecht, das beinhaltet, sowohl Bitten, als auch Beschwerden und Auskunftersuchen an die Behörden/Bundestagsverwaltung bzw. Verfassungsorgane des Bundes zu richten. Analog gilt dieses Recht auf der Ebene der Länderparlamente. Petitionen, denen der Ausschussdienst direkt entsprechen kann, z.B. nach Einholung von Stellungnahmen der Bundesregierung oder anderer Bundesbehörden, werden erledigt, ohne dass je ein Arbeitskreis sich damit befasst hat. Nicht erledigte Petitionen gehen dann durch parlamentarische Beratungen und Abstimmungen. Dann erhalten zwei sog. Berichterstatter – je

einer der Regierungsfraktion und einer aus einer Oppositionsfraktion – die Petitionsunterlagen, die schon mit Vorschlägen zur Erledigung seitens des Ausschussdienstes versehen sind. Die involvierten Berichterstatter haben zu Beginn Ihrer Tätigkeit ihre Themenschwerpunkte bekanntgegeben und dementsprechend erhalten Sie die Petitionen zugewiesen. Jede nun nicht berücksichtigte Fraktion kann aber im Ausschuss einen weiteren eigenen Berichterstatter verlangen und erhalten ...Fortsetzung folgt. Ich konnte gleich in der ersten Woche meiner Tätigkeit im Ausschuss die Erledigung einer Petition einer Dame aus meinem Wahlkreis mitbearbeiten, die das Thema „Alkohol in der Schwangerschaft“ behandelte. Ihre Wünsche wurden sowohl zwei Bundesministerien zugeleitet, als auch dem EU-Parlament. Ich nutzte die Gelegenheit, die Dame direkt mit einem netten Schreiben zu kontaktieren und hoffe auf positive Resonanz. Im Übrigen hat unser Arbeitskreis in dieser Woche den Vorschlag zur Schaffung eines expliziten Petitionsgesetzes in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Ein Novum, denn bisher gibt es außer den Artikeln des Grundgesetzes und Verfahrensgrundsätzen in der Bundestags-GO keine derartige Normierung auf Bundesebene. Unsere Arbeitskreise ‚Recht‘ und ‚Wahlprüfung und Geschäftsordnung‘ haben Mitberatung angemeldet.

# Manfred Schiller, MdB

Wahlkreis 235 Weiden

-  /manfred.schiller.afd
-  /Manfred.Schiller.AfD
-  www.manfred-schiller.de
-  t.me/MANFREDSCHILLERAfD
-  /ManfredAfD
-  /@manfred.schiller.afd

**Gefällt Ihnen unser  
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**